



# Interviews

## **Streit um Windstrompreise**

**Hubert Aiwanger, FW, Wirtschaftsminister Bayern, im Interview mit Silvia Engels**

**"Informationen am Morgen", 15.8.2023, 8:10 Uhr**

**Silvia Engels:** Am Telefon ist Hubert Aiwanger. Er ist Wirtschaftsminister in Bayern und Spitzenkandidat der Freien Wähler bei der anstehenden bayerischen Landtagswahl. Guten Morgen, Herr Aiwanger.

**Hubert Aiwanger:** Guten Morgen.

**Engels:** Stephan Weil, Ministerpräsident von Niedersachsen, sagt, die höheren Netzentgelte im Norden seien unfair. Hat er recht?

**Aiwanger:** Ja, das ist ein historisch gewachsenes System, dass vor allem die mitzahlen müssen oder höhere Netzentgelte haben, wo die Erneuerbaren massiv ausgebaut werden, weil die Kosten auf die Netzbetreiber umgelegt werden, und das kommt in den nächsten Monaten und Jahren auch auf Bayern vermehrt zu, wenn wir jetzt Windparks errichten, weil wir ja die 10h-Regel massiv durchlöchert haben. Wenn Photovoltaik-Parks und so weiter ausgebaut werden, dann gibt es viele neue Umspannwerke. Dann gibt es viele neue Verteilnetze vor Ort und die kosten viel Geld. Wenn das alles der Kunde zahlen muss, dort wo die Windparks und Solarfelder stehen, dann wird bald in der Kommunalpolitik der Ruf kommen, stoppt den Erneuerbaren-Ausbau, weil wir als Bürger vor Ort sonst die

Gelackmeierten sind. Also kann ich das nur unterstützen, dass wir versuchen, die Zusatzkosten, die durch den Ausbau der Erneuerbaren kommen, möglichst entweder bundesweit anzupassen, oder ich bin überzeugt, dass auch da die Republik reingehen könnte und der Staat hier einen Teil dieser Netzentgelte übernehmen könnte, damit nicht die bestraft werden, die was tun. Das ist eine ganz andere Baustelle als die Strompreiszonen. Hier wurde ja beides irgendwo in einen Topf geworfen in den letzten Tagen.

**Engels:** Da hat Ihr Ministerpräsident Söder etwas nicht verstanden?

**Aiwanger:** Das glaube ich gar nicht, sondern es wurde ja immer die Forderung erhoben, auch von Nordländern, wenn man die Netzentgelte nicht anpassen würde, dann würden sie neue Strompreiszonen fordern oder die Aufteilung Deutschlands in Strompreiszonen fordern. Aber soweit ich das aus Gesprächen mit Herrn Müller und selbst Herrn Habeck mitbekommen habe, wollen die gar keine Strompreiszonen aufteilen, sondern wollen, dass Deutschland eine einheitliche Zone bleibt, was nur vernünftig ist. Aber bei diesem Detailpunkt der Netzentgelte, da muss man reden, da muss man ein faires System finden. Ich bin auch überzeugt mit Beteiligung der Bundesrepublik. Dann bin ich überzeugt, dass wir da einen vernünftigen Weg finden, der dazu führt, dass weiterhin Erneuerbare ausgebaut werden und nicht gebremst werden.

**Engels:** Dann sortieren wir das einmal. Sie haben eben angesprochen, Bayern plant in der Tat auch auf Ihr Bestreben hin, Windkraft deutlich auszubauen. Das heißt nach jetzigem Stand, wenn sich nichts ändert, müssen Sie die bayerischen Wähler auf teure Strompreise im Süden vorbereiten?

**Aiwanger:** Ja, auf alle Fälle. Man sieht das landauf, landab, dass jeder, der Strom einspeisen will, zu seinem Netzbetreiber geht, und der sagt ihm, komm in zwei, drei, fünf Jahren wieder, wir müssen massiv die Netze ertüchtigen. Das zahlt dann auch der Kunde, wenn es so kommt, und dann werden in ein paar Jahren auch die Bayern in dieselbe Falle laufen, wo jetzt die Norddeutschen sitzen, und dann mit höheren Kosten konfrontiert werden. Insofern ist es nur sinnvoll, jetzt hier keinen Gegenwind aufzubauen, sondern früh genug sich an einen Tisch zu setzen ohne Schaum vor dem Mund und ganz in Ruhe zu diskutieren, was braucht die Republik, damit die Erneuerbaren vorwärtskommen. Sonst kann es durchaus sein, dass künftig auch die Bayern viel zahlen müssen und auch das Thema Land und Stadt. Es ist ja so, dass die ländlichen Regionen die Erneuerbaren ausbauen, in Bayern meinetwegen Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken und so weiter, und dann den Strom nach München leiten, und dann hat der Münchner Stromkunde niedrigere Netzentgelte als der Oberpfälzer oder Oberfranke, der die Windräder errichtet. Insofern ist es selbst innerhalb Bayerns sinnvoll, dass man hier eine angepasstere Lösung findet.

**Engels:** Darauf kommen wir gleich noch zu sprechen. Kurz noch mal auf die Situation jetzt zu sprechen zu kommen. Sie sagen, in Bayern kommt vielleicht, wenn sich nichts ändert, dieser Preisschub aufs Land zu, auch noch mal getrennt nach Land und Stadt. Aber die Situation ist ja jetzt schon so, dass Bayern derzeit von dem deutlichen Windkraftausbau im Norden profitiert. Wäre es nicht jetzt schon an der Zeit, dass Bayern jetzt schon kurzfristig mehr Geld den Nordländern bezahlt?

**Aiwanger:** Ich sage mal so: Man kann ja überlegen, wie weit man die Kurve dreht. Man wird sofort aus Bayern entgegenhalten, wir zahlen ja zehn Milliarden Länderfinanzausgleich, was sollen wir denn noch tun. Jeder muss ja irgendwo mal mitzahlen.

**Engels:** Aber dagegen wird ja auch gerade geklagt von Bayern.

**Aiwanger:** Genau das wäre mein Ansatz, hier mal wirklich alle Gedanken in einen Topf zu werfen und zu sagen, wir finanzieren ja sehr viel mit in dieser Republik und deswegen soll auch die Bundesrepublik Deutschland über allgemeine Steuermittel sich an den Netzentgelten beteiligen. Eine Reform des Systems heißt für mich auch, nicht nur den Kunden hier heranzuziehen, sondern wenn wir schon die Erneuerbaren fördern wollen nach allen Regeln der Kunst, wenn hier viel Bundesgeld insgesamt in den Ausbau der Erneuerbaren geht, dann wäre hier der richtige Ansatzpunkt, die Kosten zu reduzieren, um auch der Inflation gegenzuhalten. Die Bürger zahlen ja immer mehr für die Energie. Die privaten Haushalte verbluten da finanziell. Also wäre hier die Bundesrepublik Deutschland gefordert zu sagen, wir senken die Netzentgelte, dass nicht der Mecklenburger zehn Cent zahlt, sondern vielleicht nur fünf Cent und der Bayer genauso nicht mehr sieben Cent zahlt, sondern vielleicht auch fünf Cent. Dann könnte man über dieses System schon eine Gerechtigkeit in Deutschland herbeiführen.

**Engels:** Ich halte fest: Kurzfristig möchte Bayern nicht noch mal extra in Richtung Norden zahlen. Aber wenn Sie jetzt sagen, der Bund soll sich gerade bei dem Ausgleich dieser verschiedenen Kosten für die Netzentgelte beteiligen, haben Sie da eine Größenordnung im Kopf? Wieviel müsste da vom Bund kommen, um diese unterschiedlichen Regionalzusatzkosten auszugleichen?

**Aiwanger:** Ja. Das wird sehr schnell einen Milliardenbetrag erreichen. Mit wenigen hundert Millionen ist da nichts getan. Aber nehmen wir mal eine Hausnummer: eine Milliarde oder etwas mehr. Das sind auf Bundesebene, ehrlich gesagt, Peanuts. Wenn man bei der Energiewende vorankommen will, dann muss man hier mal zugreifen.

**Engels:** Auf der anderen Seite, wenn Sie jetzt nach dem Bund rufen, könnte man auch entgegenhalten, dass Bayern ja ziemlich viel Geld mit der Einspeisevergütung bei Solaranlagen verdient hat. Da könnten Sie doch mal was abgeben.

**Aiwanger:** Ja, das könnten wir wieder auf den Norden zurückspielen und sagen, der Norden dafür bei der Windkraft. Wir sollten uns hier nicht ständig „aber du, aber du“ gegenseitig die Augen auskratzen, sondern wir brauchen hier mal die nationale Strategie, die es für alle erträglich macht, diese Erneuerbaren auszubauen. Sonst stecken wir irgendwann die Energiewende in den Abfalleimer und sagen, wir machen wieder fossil weiter, weil das billiger ist. Wenn das Gas weiterhin günstig ist, dann sagen wir, okay, jetzt sollen wir den Strom künftig wieder aus Gaskraftwerken machen, die wir mit Importgas betreiben, dann sparen wir uns die Kosten des Windausbaus. Selbst diese Stimmen sind ja nicht ganz wenige.

**Engels:** Kritik der Union gibt es derzeit auch daran, dass eine solche Neuordnung der Entgeltgebühren, die Sie ja auch vorschlagen, derzeit nicht durch den Bundestag, sondern durch eine Behörde, nämlich durch die Bundesnetzagentur vorgenommen werden soll. Das ist auch Umsetzung einer EU-Richtlinie. Wie stehen Sie zu diesem Weg?

**Aiwanger:** Ja, das hat alles Vor- und Nachteile. Ich sage mal, es ist nicht ganz unsinnig, dass eine Netzagentur sich darum kümmert, wenn es denn dort fair zugeht. Zuletzt war leider

etwas der Vorwurf, dass die Netzagentur etwas grün gesteuert ist. Ich will da niemand persönlich zu nahetreten, aber das muss dann schon akzeptabel sein für die Länder, nicht dass man dann über die Köpfe der Länder hinweg durchregiert aus der Netzagentur heraus. Dann würde man das politische Klima vergiften. Ich hoffe hier wirklich auf engste Beteiligung der Länder und dann kann ja gerne die Netzagentur die Dinge ausrechnen, was hier sinnvoll wäre.

**Engels:** Aber die Interessen der Länder sind in dem Fall sehr unterschiedlich. Woran knüpfen Sie Hoffnung, dass sich das in irgendeiner Form lösen lässt?

**Aiwanger:** Völlig lösen lässt sich das nie, weil Politik Politik ist und jeder versucht, für seine Region das Beste rauszuholen. Das ist auch berechtigt. Der Norddeutsche sagt, wir wollen nicht für den Süden zahlen, und der Süden zahlt, wir wollen nicht für den Norden zahlen. Wir müssen ein System finden, wo sich die Ministerpräsidenten auch zusammenraufen und eine Netzagentur gerne diese Kosten ermittelt. Aber ich bin überzeugt: Ein wichtiger Teil, um den Knoten zu durchschlagen, wäre wirklich, wenn sich der Bund an den Netzentgelten beteiligen würde. Das wäre überfällig, damit wir auch in Deutschland wieder bezahlbarere Strompreise bekommen, nicht, dass man erst die Bürger über die Netzentgelte abkassiert und dann über irgendwelche Stromzuschläge und Erstattungen auf sozialer Ebene diese großen Lücken wieder mit Steuergeld füllen muss im zweiten Anlauf. Runter mit den Stromkosten, könnte man hier wirklich nur sagen.

**Engels:** Und Sie sorgen derweil dafür, dass Ihr Ministerpräsident Söder verbal etwas abrüstet?

**Aiwanger:** Ja, gut. Keine Ahnung, wie man ihn hier am linken Fuß erwischt hat. Er hat das mit dem Thema Strompreiszone aufgegriffen, weil das immer wieder die Debatte war, und der Süden sagt, jawohl, lasst uns gerne über Netzentgelte reden, aber lasst mal die Finger weg von den Strompreiszonen. Das ist wirklich ein toxisches Thema, das will ich bitte gerne in der Kiste lassen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*